

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt zunächst zur Arbeit der Haushaltsstrukturkommission, welche sich am 10.06.2011 konstituiert habe, an, der noch amtierende Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Koblenz, Herr Manfred Graulich, sei als Vorsitzender der Kommission eingesetzt worden. Der Geschäftsführer des rheinland-pfälzischen Städtetages, Prof. Dr. Gunnar Schwarting, sei als stellvertretender Vorsitzender berufen worden und der amtierende Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Ludwigshafen, Herr Wilhelm Zeiser, sei als weiterer stellvertretender Vorsitzender tätig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bedankt sich im Namen der Stadt Koblenz bei den drei externen Beratern, welche sich bereit erklärt haben, ihre jahrzehntelange Erfahrung in der Welt der Wirtschaft, Finanzen und Kommunen kostenlos und ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen.

Für den Erfolg der Arbeit sei entscheidend, ein gutes Miteinander von Verwaltung und Stadtrat zu organisieren. Die Mitgliedschaft aller 4 Dezernenten sei dabei das entscheidende Element. Die Geschäftsführung der Kommission übernehme der künftige Leiter des Hauptamtes, Herr Bert Flöck.

Den Arbeitsausschuss bildeten Herr Graulich als Vorsitzender der Haushaltsstrukturkommission (HSK), Herr Flöck als künftiger Hauptamtsleiter, Frau Brockmann-Kneip als Leiterin der Kämmerei und soweit möglich, der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig als Kämmerer.

Zudem sei der Personalrat in die Arbeit unmittelbar einbezogen worden, da personalintensive und – relevante Themen frühzeitig mit diesem abgestimmt werden sollten.

Bezüglich des Stadtrates sei die regelmäßige Unterrichtung sehr wichtig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet Herrn Graulich um einen 1. Bericht über die Arbeit der Kommission.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) begrüßt die Mitglieder des Stadtrates und bedankt sich für das ihm und den Mitgliedern der Kommission entgegengebrachte Vertrauen.

Die Menschen hätten auf die Kommission auf unterschiedlichste Weise reagiert.

Es sei eine gute Leistung des Stadtrates gewesen, sehr frühzeitig weit reichende und mutige Beschlüsse zu fassen und man sei dabei, die Ernte dessen einzufahren.

Diese Aufbruchstimmung sei nun in vielfacher Hinsicht zu nutzen. Man müsse einen Teil der zwischenzeitlichen Entwicklung für die Zukunft festigen und fortschreiben, um die Entwicklung der Stadt nicht nachhaltig negativ zu beeinträchtigen.

Die Ausgangslage biete sehr viele gute Chancen zum Handeln und die allgemeine optimistische Grundhaltung sei ein gutes Fundament.

Noch sei die Stadt Herr des Verfahrens und nun laute der Auftrag an alle, diese Chancen zu wahren. Die Stadt sei der Souverän.

Es müsse klar sein, dass nur noch wenig Zeit zur Verfügung stehe, nicht zuletzt auf Grund der bilanziellen Situation. Dennoch sei er sehr optimistisch und glaubt daran, gemeinsam die Wende zu meistern, wenn alle dies wollten. Hiervon sei Herr Graulich überzeugt, da der Stadtrat von den Bürgern gewählt worden sei und daher zum Wohle der Stadt handeln werde.

Andere Kommunen seien schon einem Fatalismus verfallen, was es hier zu verhindern gelte.

Dennoch müssten sich alle verändern, die Verwaltung aber auch alle anderen, die Verantwortung trügen.

Das Selbstverständnis und die Aufgaben seien einstimmig in der Kommission getroffen worden und an denen werde man sich messen lassen. Ein gemeinsames Verstehen mit dem Stadtrat sei wichtig.

Die Kommission sei in ihrer Arbeit unabhängig, eigenverantwortlich und handele nach wirtschaftlichen Kriterien. Es werde keine Vergangenheitsbetrachtung geben jedoch auch keinen Aktionismus. Es werde keine politische Rücksichtnahme geübt und alles in Frage gestellt werden, um daraus konstruktive Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Man orientiere sich ausschließlich an den im Stadtrat verabschiedeten Zielen.

Die Stadt habe sich ein Leitbild geschaffen und die Kommission werde dieses in eine mittelfristig bis langfristige strategische Betrachtung einbinden.

Dabei sei es zunächst notwendig, die Struktur des Haushaltes zu untersuchen, die einzelnen Haushaltspositionen, die Kostenstellen, das Vermögen zu analysieren und die Schulden zu betrachten. Auch die Eigenbetriebe sowie die Immobilien der Stadt werde man sich anschauen und untersuchen.

Man werde gemeinsam mit den Führungskräften die Strukturen der Verwaltung, aufbau- und ablauforganisatorisch, sowie die Prozesse der Verwaltung, anschauen.

Bis zum Jahre 2016 werde die Kommission eine mittelfristige Planung präsentieren.

Dazu gehöre die Plausibilisierung aller im Stadtrat eingebrachten Vorschläge bzgl. haushaltspolitischer Entscheidungen, als auch solche, die die Verwaltung unmittelbar betreffen.

Jedem sei klar, dass man eine Mammutaufgabe vor sich habe, daher müsse man diese positionieren und sich langfristig dieser Aufgabe widmen.

Aus diesem Grunde habe man die Arbeit der Kommission in 4 Stufen aufgeteilt:

Zunächst würden Sofortmaßnahmen erfolgen, welche schnell greifen sollen und volle Auswirkungen im Haushalt 2011 hätten. Die Stadt habe in den letzten Jahren auf Grund ihrer Investitionspolitik insbesondere in der Krise den Unternehmen geholfen, indem sie große Investitionen tätigte und so eine Sonderkonjunktur geschaffen habe.

Deswegen gehöre es zu den Sofortmaßnahmen die Einnahmen zu stärken innerhalb des rechtlich Möglichen in diesem Jahr, weshalb keine Fristen versäumt werden dürften.

Die Erhöhung der Einnahmen stünde im Vordergrund. Der Vorschlag die Gewerbesteuer zu erhöhen, beträge 3,8 %. Herr Graulich bittet daher dies bei der Entscheidung des Stadtrates über diesen Vorschlag zu berücksichtigen.

Anschließend seien kurzfristig erzielbare Entlastungen im Haushalt 2012 anzustreben.

Daraufhin würden strukturelle Veränderungen folgen, beginnend mit dem Haushalt 2013, da diese längere Vorbereitungszeiten bräuchten.

Zuletzt seien die Maßnahmen von Beginn an so zu koordinieren, dass das strategische Ziel, für die Stadt Koblenz eine Schuldenbremse ab dem Jahre 2016 zu verabschieden, erreicht werden könne und demnach ab diesem Zeitpunkt keine Nettoneuverschuldung mehr zu haben.

Diese Ziele seien als Meilensteine verbindlich zu verabschieden.

Die Information soll über permanente Kommunikation mit dem Stadtvorstand erfolgen und - sofern dieser sich nicht selbst einbringen könne - eine sofortige Information des Oberbürgermeisters über das Tun.

Es gebe einen Berichts- und Zeitablauf für den Haupt- und Finanzausschuss und den Stadtrat, welcher bereits bekannt sei. Der 1. Pflichtbericht sei vorgesehen für die Haupt- und Finanzausschusssitzung am 31.10.2011, der 2. am 30.10.2012 und der 3. Herbst 2012. Dazwischen folge mindestens alle 6 Monate ein Statusbericht und alle Berichte würden rechtzeitig vorgelegt werden zur ausreichenden vorherigen Beratung in den Ausschüssen. Den Stadtrat werde man spätestens alle 6 Monate über den Sachstand informieren. Sollten zwischenzeitlich Verabschiedungen von umsetzungsfähigen Zwischenergebnissen notwendig werden, würde dies natürlich im Stadtrat selbst erfolgen.

Die Kommission werde spätestens alle 6 Wochen tagen. Für die Kommission arbeite ein Arbeitsausschuss, deren Zusammensetzung den vorausgehenden Erläuterungen von Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig entspreche.

Dies werde die Grundlage für das Arbeiten der Kommission sein. Man brauche für diese Arbeit die Unterstützung aller und daher bietet Herr Graulich in Namen der Kommission allen Fraktionen an, an Kommissionssitzungen teilzunehmen, um gemeinsame Anregungen und Beiträge dieser aufzunehmen.

Dabei werde jedoch Wert darauf gelegt, dass man nicht über politische Entscheidungen der Vergangenheit diskutiere. Es gehe ausschließlich um Zukunftslösungen.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) bittet den Stadtrat um Kenntnisnahme dieses Berichtes und um die Versicherung der positiven Unterstützung seitens des Stadtrates. Dieser sei die souveräne Institution, die der Kommission Vorgaben für ihre Arbeit geben solle.

Dennoch sei die Kommission sich einig darüber, nur unter den zuvor genannten Bedingungen zu arbeiten.

Alle vom Stadtrat verabschiedeten Ziele zu den einzelnen Stufen seien verbindlich und richteten sich nach dem Oberziel, welches der Stadtrat gemeinsam verabschiedet habe, aus.

Dieses werde man in allen Beschlussvorlagen, beginnend mit der Beschlussvorlage der 1. Stufe, detailliert erklären und rechtzeitig zur Entscheidung vorlegen.

Herr Graulich bedankt sich für die ihm entgegengebrachte Aufmerksamkeit und stellt sich für weitere Fragen zur Verfügung.

Rm Scherhag (CDU) nimmt Bezug auf die Aussage des Herrn Graulich, dem Stadtrat sei die bilanzielle Situation der Stadt bekannt und entgegnet darauf, wenn dies der Fall wäre, gäbe es bereits einen Haushaltsabschluss 2009. Dieser läge jedoch bis heute nicht vor. Daher sei es Aufgabe der Stadt, dies nachzuholen bzw. diese Arbeit von externen Fachleuten bewältigen zu lassen.

Bezüglich der Gewerbesteuer habe man von Seiten seiner Fraktion bereits nach ausführlichen Diskussionen und Überlegungen entschieden. Die Gewerbesteuer sei heute Faktor Nummer 1 bei

einer Standortentscheidung und habe seit der Unternehmenssteuerreform 2008 erheblich an Bedeutung gewonnen. Bei 100.000 Euro Gewinn habe ein Unternehmen rund 36.000 Euro Gewerbesteuer und Körperschaftssteuer zu zahlen, was 36 % entspräche und eine Erhöhung sei demnach dem Unternehmen nicht zuzumuten. Zudem sei man der Meinung, dass die Stadt zwar stark investiert habe, jedoch sei der jetzige Zeitpunkt nicht angebracht, da auf Grund von Investitionen im letzten Jahr wie der Brückensanierung, andere Unternehmensbranchen von dem Wirtschaftsaufschwung nach der Krise in den Jahren 2008/2009 nicht hätten profitieren können. Es seien starke Verluste bilanziert und Mitarbeiter entlassen worden. Erst in letzter Zeit würden die Unternehmen wieder an Substanz zulegen. Der Stadt würden diese Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer auch zu Gute kommen. Die hohe Volatilität der Gewerbesteuereinnahme in den letzten Jahren solle dazu führen, von dieser unabhängiger zu werden. Man solle die Unternehmen zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter belasten, welche durch Energiekosten und Lohnentwicklungen schon andernorts belastet seien. Man stehe hier in Vertretung für die in der Stadt Koblenz rund 1600 Gewerbesteuerzahler. Auch in Absprache mit der Geschäftsführung der IHK Koblenz sei eine Gewerbesteuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal. Dies sei dennoch ein wichtiges Thema, worüber noch gesprochen werden müsse, allerdings sei man verwundert, dass dies der 1. Vorstoß der Kommission sein solle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft an dieser Stelle auch Tagesordnungspunkt 13 zur gemeinsamen Beratung auf.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) stimmt zunächst Rm Scherhag zu, dass es kein Zustand sei, dass heute noch kein Haushaltsabschluss für das Jahr 2009 vorliege. Die Kommission werde das ihr mögliche tun, um die Verwaltung dabei zu unterstützen. Dennoch gäbe es dafür wohl triftige Gründe. Man könne jedoch auch die vorläufige Bilanz zum 31.12.2009 verwenden und fortschreiben. Es gehe zudem um Strukturveränderungen über einen Zeitraum von 5 Jahren. Daher sei es wichtig, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und sich in diesem Zusammenhang auch unangenehmen Hilfsmitteln zu bedienen. Die aktuelle wirtschaftliche Vermögenssituation von rund 540 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Abweichung der Vermögensbewertung führe zu einem dementsprechend hohen Druck, aus der jetzigen Situation, in der man noch handlungsfähig sei, herauszukommen. Die sei das Anliegen der Kommission. Zudem weist er die Diskussion über die politische Haltung zur Erhöhung der Gewerbesteuer entschieden zurück, da dies nicht sein Anliegen sei. Wenn man die Situation verändern wolle, müsse man auch bereit sein, schmerzliche Veränderungen einzugehen. Insbesondere die Unternehmen hätten die letzten Jahre von der Investitionspolitik der Stadt und der verbesserten Infrastruktur profitiert. Demnach halte er es für gerechtfertigt, darüber nachzudenken, einen Teil hiervon zurückzunehmen. Dies sei jedoch eine reine rationale Betrachtung ohne jegliche politische Motive.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt einleitend zu Tagesordnungspunkt 13 einige Bemerkungen aus.

Bei der Vorlage zur Gewerbesteuer gehe es um einen Betrag von 2,9 Mio. Euro für das Jahr 2011. Dieses Geld bekäme die Stadt nur dann, wenn heute der Stadtrat der Beschlussempfehlung für die Erhöhung der Gewerbesteuersätze von 395 % auf 410 % folge. Dies sei nicht vertagbar. Nachdem in der letzten Sitzung des Stadtrates die „3 Mio. Euro Einsparliste“ abgearbeitet wurde, sei es angezeigt, heute Beschlüsse zu fassen, die die Einnahmen der Stadt verbesserten. Jede Million weniger Neuverschuldung heute würde die künftige Zinslast senken.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist auf den Hebesatz von 420 % im Jahre 2001. Seitdem sei der Hebesatz 10 Jahre unverändert auf 395 % geblieben. Demnach würde ein heutiger Beschluss des Stadtrates zur Erhöhung des Hebesatzes auf 410 % noch immer unter dem Wert aus 2001 liegen.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, der Anstieg des Konsums und die stabile wirtschaftliche Ertragslage ermöglichten eine Anhebung der Gewerbesteuer ohne Bestandsgefährdung. Dies gelte umso mehr als Einzelunternehmen und Gesellschafter von Personengesellschaften, die ihre Gewerbesteuer fast vollständig auf ihre Einkommenssteuerschuld anrechnen könnten. Betroffen seien 933 Gewerbebetriebe mit einem Steuervolumen von insgesamt 14,5 Mio. Euro. Die sonst zu zahlende Einkommensteuer würde in erster Linie Bund und Land zufließen und die Stadt lediglich über einen geringen Rückfluss betreffen über den Gemeindeanteil. Den Großteil der Gewerbesteuer zahlten mit derzeit 63 Mio. 649 Kapitalgesellschaften, die über eine Erhöhung 2,4 Mio. Euro an zusätzlichen Einnahmen für die Stadt brächten. Auf die 10 größten Steuerzahler fielen hierbei 1,8 Mio. Euro. Eine Verlegung der Standorte fort von Koblenz sei nach Gesprächen mit diesen Unternehmen eindeutig nicht zu erwarten. Insoweit handle es sich um einen Vorschlag, der in diesem Jahr Mehreinnahmen von 2,9 Mio. erzielbar machen könne und wirtschaftlich verträglich für die Unternehmen sei. Dies wäre die Gelegenheit für die Stadt Koblenz, die Ernte ihrer erheblichen Investitionen einzufahren und sei zum jetzigen Zeitpunkt begründet.

Rm Wefelscheid (BIZ) merkt an, die BIZ-Fraktion halte die Erhöhung der Gewerbesteuer nicht für das richtige Signal, sondern sei dafür zunächst strukturelle Veränderungen anzugehen und dann als Ergebnis einer ersten Berichterstattung als Begleitmaßnahme eine Steuererhöhung anzustreben und nicht damit zu beginnen.

Zudem bittet Rm Wefelscheid um nähere Ausführungen von Herrn Graulich bezüglich der Orientierung der Kommission an den im Stadtrat getroffenen Zielen.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) entgegnet es wäre auch von seiner Seite aus gewollt gewesen, diese Ziele und Sofortmaßnahmen mit Auswirkungen auf den Haushalt 2011 bereits im Herbst mit dem Stadtrat ausdiskutieren. Der Termin 30.06. führe zu einem Zugzwang, den jedoch weder Kommission noch Stadtrat zu vertreten hätten.

Das Defizit des Haushaltes könne jedoch nicht nur durch Einsparungen ausgeglichen werden, sondern begünstigt durch die positive wirtschaftliche Stimmungslage und auf Grund der Investitionen der Stadt nun ein Teil davon genommen werde.

Bzgl. der Ziele werde man diese innerhalb der 4 Stufen ausformulieren und sie seien nicht mit denen aus der Vergangenheit verabschiedeten Ziele identisch, sondern es werde alles hinterfragt, ausgenommen des über Jahre entwickelten Leitbildes.

Diese Fragen werde der Stadtrat als Information erhalten und ebenso Vorschläge der Kommission zur Beantwortung dieser Fragen.

Rm Altmaier (SPD) bedankt sich zunächst für die vorherigen Ausführungen des Herrn Graulich und nimmt seitens der SPD zu der Kommission Stellung:

Man unterstütze ausdrücklich das Ziel der Nettoneuverschuldung Null und möchte daran auch arbeiten. Dieses Ziel sei jedoch unter dem ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Eberhard Schulte-Wissermann schon einmal erreicht worden und in einigen Haushalten hätten Defizite abgebaut werden können. Man sei sehr interessiert daran, was die Arbeit der Kommission bei der Untersuchung der Haushalte angehe und auch die Betrachtung der Immobilien bezüglich

wirtschaftlicherem Arbeiten. Man sei gerne bereit, das Gespräch mit Herrn Graulich zu suchen, um intensiver diskutieren zu können.

Er hoffe auf eine mehrheitliche Unterstützung der künftig einzubringenden Vorschläge der Kommission innerhalb des Stadtrates.

Die Stadt Koblenz habe in den letzten Jahren erhebliche Investitionen geleistet, die Aufbruchstimmung nicht zuletzt auf Grund der BUGA und des neuen Zentralplatzes hätten hierbei auch nicht nur die Bauwirtschaft und das Handwerk profitieren lassen. Der Presse sei zu entnehmen, dass auch in Koblenz die Wirtschaft anziehe. Jetzt sei der letzte mögliche Zeitpunkt für die Stadt Koblenz, noch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer auszuschöpfen.

Es sei nicht vereinbar, einerseits die schlechte Haushalts- und Schuldensituation der Stadt Koblenz zu beklagen und dennoch andererseits der vertretbaren Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zustimmen zu wollen.

Man habe als Stadtrat die vergangenen Monate einmütig über den gesamten Haushalt bereits Gebühren angepasst und meistens erhöht. Man habe die Lasten auf die verschiedenen Schultern verteilt, so dass jeder diese tragen könne.

Die SPD wolle auch, dass die Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten blieben und man sei der Überzeugung, dies werde auch der Fall sein, wenn man heute der Erhöhung zustimme.

Er verweist auf den Bericht im Haupt- und Finanzausschuss am 09.05.2011 über das Aufkommen der Gewerbesteuer, indem deutlich werde, dass 75 % die meiste Last der Gewerbesteuer trage, was 33 Unternehmen von 1600 Unternehmen entspreche, die Gewerbesteuer zahlen würden. Dies solle man berücksichtigen bei der Entscheidung über die Gewerbesteuererhöhung.

Zudem könne man nicht die Erhöhung der Gewerbesteuer ablehnen und dennoch über die Einführung neuer Einnahmen nachdenken.

Das Kernproblem der Städte und Gemeinden sei, dass diese nicht über eine solide Finanzausstattung verfügten, was auch die CDU Bürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth, sowie Christian Ude in München sage. Das Grundproblem sei, dass man ausschließlich und vor allen Dingen über die Gewerbesteuer den Aufgaben nachgehen könne.

Im schlimmsten Falle führe dies zu einem Wettbewerb mit umliegenden Gemeinden. Koblenz sei eine attraktive Stadt und zudem könne die Erhöhung guten Gewissens durchgeführt werden. Allerdings sei eine Gewerbesteuerreform unerlässlich, da diese Schwankungsbreiten aufgelöst bzw. verlässlichere Einnahmequellen gefunden und die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer gemindert werden müssten.

Rm Kaiser (FDP) merkt an, Herr Graulich habe eine sehr positive Gesamteinschätzung gezogen. Er selbst halte es nicht für eindeutig erwiesen, dass die letzten Investitionsentscheidungen der Stadt tatsächlich geholfen hätten. Sie würden sich vielmehr erst nach der Krise auswirken wie zurzeit mit den Baumaßnahmen.

Er sehe die Lage der Stadt Koblenz dramatisch, insbesondere wenn man nicht bereit wäre, schnellstmöglich auch schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen.

Es wären einige Fehlentscheidungen getroffen worden, die man jetzt korrigieren müsse.

Es sei bedauerlich, dass die Kommission erst jetzt eingesetzt worden sei und man hätte große Erwartungen an diese und sei bereit, auch schmerzhaft Einschnitte möglich zu machen, welche jedoch nicht einseitig sein dürften.

Er schließt sich den Ausführungen des Rm Wefelscheid (BIZ) und des Rm Scherhag (CDU) an und hält es ebenfalls für einen falschen Weg, mit Steuererhöhungen zu beginnen. Dies sei nicht etwa der schmerzhaft Weg, sondern der einfache Weg.

Man sei zwar auch nicht abgeneigt, die Einnahmen zu erhöhen, jedoch nicht auf einseitigem Weg, sondern über ein geschlossenes Paket. An erster Stelle müsse das Aufbruchsignal des Sparens und der Ausgabenreduzierung stehen. Dazu hätte man auch eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet.

Steuererhöhung sei nicht der erste Weg, es fehle an strukturellen Einsparmöglichkeiten z.B. im Bereich Personal und Kultur. Ebenfalls hätte man auch einige Investitionen anders bewerten können.

Zunächst solle man die Ausgaben einsparen und im zweiten Schritt die Einnahmen erhöhen, auch mit Steuererhöhungen.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) weist nochmals darauf hin, man habe die Aufgaben und Bedingungen der Kommission insoweit festgelegt, dass man keine Vergangenheitsbetrachtung betreibe, denn diese Entscheidungen seien getroffen und nicht mehr entscheidend für die Zukunft.

Er bittet, dies zu berücksichtigen. Zudem sei die Kommission eigenverantwortlich und parteiübergreifend. Man lasse sich nicht in Parteipolemik einbinden.

Die Kommission sei frei in ihrer Entscheidung zu arbeiten oder aufzuhören, genauso könne der Stadtrat sie wieder absetzen.

Zudem müsse die Einnahmenseite verändert werden.

Die Kommission stelle dem Stadtrat völlig frei, wie sie das Ausgabeziel erreiche, jedoch müsse man es erreichen. Man werde von Seiten der Kommission Ausgabenziele vorlegen.

Herr Graulich bittet darum, an ihn nur noch gezielte Fragen bezüglich der Kommission, ihrer Arbeit und Ziele zu richten. Er werde sich nicht an einer politischen Diskussion über die Gewerbesteuererhöhung beteiligen.

Die Kommission siehe es als zwingend erforderlich an, wenn sich die Gelegenheit der Einnahmenerzielung ergebe und sie notwendig sei, diese auch zu ergreifen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer trägt die Aussage des Städtetages vor, die Einnahmenseite sei der geringere Teil und man solle sich eher der Ausgabenseite widmen. Sie bittet um Stellungnahme des Herrn Graulich zu dieser These.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) stimmt dem insoweit zu, dass man auf der Einnahmenseite sicherlich begrenzter erfolgreich sein werde als auf der Ausgabenseite.

Auf der Ausgabenseite lasse sich Vieles finden.

Rm Scherhag (CDU) führt zunächst aus, man habe in Koblenz eine Eigenkapitalausstattung von knapp über 50 %. Man wisse, dass diese Quote bei gleich bleibender Ausgabenpolitik rapide sinke. Dies sei kein grundsätzlich schlechter Fall. Seit dem Haushaltsabschluss 2008 seien in der Stadt Koblenz erhebliche Investitionen getätigt worden, auch in bauliche Maßnahmen. Diese müssten doch bilanziell zugeschrieben werden. Darüber und über deren bilanzielle Auswirkung auf die Stadt habe man bisher jedoch noch keine Aussagen. Er halte es nicht für richtig, heute über Steuererhöhungen zu sprechen und ohne zunächst einen Klassensturz gemacht zu haben.

Er richtet die Frage an Herrn Graulich, ob ihm diese bilanzielle Zuschreibung bekannt sei und in welcher Höhe er diese einschätze.

Herr Graulich (Vorsitzender der HSK) entgegnet darauf, dass diese Zuschreibungen in der doppelten Buchführung nicht verschwinde. Demnach seien sie, wenn sie dem Anlagevermögen

noch nicht zugeschrieben seien, als im Bau befindliches Vermögen auf der Aktivseite aktiviert, wodurch sich die Eigenkapitalsituation in keiner Weise verändert habe.

Die Stadt Koblenz würde seit 2008 mit der DOPPIK leben und dies würde in seinen Anfängen sicher erhebliche Probleme bereiten. Dennoch sei es für ihn unverständlich, wenn es dabei Probleme gäbe, dass der Gesetzgeber und das Rechnungsprüfungsamt und die Aufsicht des Innenministeriums es zuließen, dass bis jetzt noch keine Bilanz 2009 aufgestellt sei. Dafür solle es aber wohl Gründe geben, die landesweit gleiche Probleme bereiten würden.

Dies sei jedoch ein Scheinargument, was er nicht bereit sei, in der Kommission zu akzeptieren. Denn aus der Verschuldung ergebe sich die Situation der Stadt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt nach Befragung fest, dass es keine weiteren Fragen unmittelbar an Herrn Graulich gibt und bedankt sich bei diesem im Namen des Stadtrates für seinen Bericht und seine Diskussionsbereitschaft.

Bezüglich des Rechnungsabschlusses 2009 führt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig aus, dies sei bedauerlich, jedoch verspreche er für die bestehende Thematik der notwendigen Mehreinnahmen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer sei dies völlig unerheblich. Man wisse, dass die Stadt Koblenz 54 Mio. Euro Nettoverschuldung habe und man könne sie mit dieser zusätzlichen Einnahme um 2,9 Mio. Euro reduzieren.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann bedankt sich zunächst bei Herrn Graulich für seine klaren Worte und seine Informationsbereitschaft, auch in die Fraktionen zu kommen und diese mit einzubeziehen. Von ihrer Seite aus werde man die Arbeit der Kommission konstruktiv begleiten.

Man hätte sich gewünscht, wie Rm Altmaier zu Beginn bereits erwähnte, dass die Fraktion von Beginn an in der Kommission beteiligt gewesen wäre. Diese Möglichkeit habe sich der Stadtrat jedoch selbst genommen.

Zu den Ratsmitgliedern Scherhag (CDU) und Kaiser (FDP) entgegnet er, dass er deren Ansicht nicht zustimmen kann. Man würde nur zurück blicken und die schlechte finanzielle Situation der Stadt beklagen, obwohl man doch auch zum Teil maßgeblich daran beteiligt gewesen sei. Man solle die eigene Verantwortung nicht außer Acht lassen.

Nun solle man nach vorne schauen und brauche sowohl strukturelle Reformen als auch die Einmaleffekte. Wenn sich jetzt die Gelegenheit ergebe, 2,9 Mio. Euro mehr einzunehmen und dies auch unter Beteiligung der Koblenzer Wirtschaft geplant worden sei, solle man diese nutzen. Man müsse Ausgaben reduzieren und Einnahmen erhöhen. Man unterstütze die klare Positionierung des Herrn Graulich zur genauen Prüfung und auch unangenehme Entscheidungen zu treffen.

Heute habe man die Chance, die Einnahmesituation zu verbessern und er bittet darum, mitzumachen und dies zum Wohle der Stadt positiv zu entscheiden.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke spricht zunächst Herrn Graulich seinen Dank aus und begrüßt nochmals die Errichtung der Haushaltsstrukturkommission. Er teilt mit, er sei überzeugt, dass diese Arbeit zum Erfolg führen werde. Ebenfalls werde die Gewerbesteuererhöhung zum Erfolg führen, da man die 2,9 Mio. Euro unbedingt bräuchte.

Die Stadt sei attraktiver geworden, was jedoch auch Kosten verursacht habe, an deren alle beteiligt werden sollten. Demnach stimme auch seine Fraktion der Gewerbesteuererhöhung zu.

Rm Assenmacher (CDU) bezieht sich auf die Ausführung des Herrn Graulich, es sei fahrlässig der Gewerbesteuererhöhung bei den erwarteten Mehreinnahmen heute nicht zuzustimmen. Er halte es jedoch für fraglich, dass auf der Beschlussvorlage das Datum 05.04. stünde und diese dennoch bei der letzten Stadtratssitzung über die Verabschiedung des Haushaltes nicht dabei gewesen sei. Dies sei ein Punkt, den die CDU-Fraktion kritisiert habe.

Man müsse ein Gesamtpaket schaffen, unter dem Gesichtspunkt, was wem zumutbar sei.

Die Konkurrenz aus dem Umland werde auch beklagt und man müsse die Gewerbesteuersätze in diesen Kommunen betrachten. Schritte, wie die Erhöhung der Gewerbesteuersätze, seien schmerzhaft für die Träger und beeinflussten auch Entscheidungen. Demnach sehe man besorgt in die Zukunft. Koblenz profitiere auf Grund der positiven Wirtschaftslage auch schon, denn die Gewerbesteuerannahme liege über dem Ansatz des Haushaltes.

Die Unternehmen sollten auch profitieren nach den Zeiten, die sie mitgetragen hätten, in denen es nicht so gut gelaufen sei.

Zudem habe man das Ziel der Nettoneuverschuldung damals auch nur erreicht, weil man bestimmte Maßnahmen nicht angegangen sei und heute habe man absolut notwendige Maßnahmen auf einmal vorzunehmen.

Die Haushaltsstrukturprobleme werde man nicht in einem Mal mit der Gewerbesteuererhöhung lösen, sondern es müsse eine zukunftsweisende Regelung gefunden werden.

Demnach könne er sich seiner Fraktion anschließen, der Gewerbesteuererhöhung nicht zuzustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt zu den Fragen des Rm Assenmacher (CDU) aus, zunächst stehe der 05.04. vermutlich für den Beginn der Bearbeitung dieser Beschlussvorlage und sie sei zu diesem Zeitpunkt keinesfalls fertig gewesen.

Weiterhin sei diese Vorlage sehr schwierig zu bearbeiten gewesen, da die Gewerbesteueranhebung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Mehreinnahmen gesehen werden dürfe, sondern auch der wirtschaftlichen Verträglichkeit und Durchsetzbarkeit. Es solle nicht von einer vermeidlichen Mehreinnahme zu einer realen Mindereinnahme führen, auf Grund evtl. Verlagerungen von Geschäftssitzen. Dies sei heute wesentlich leichter als allgemein bekannt. Im Vorfeld habe er daher zahlreiche Gespräche geführt, was auch zu der Überzeugung geführt habe, dass diese Mehreinnahmen tatsächlich erzielt werden könnten.

Bezüglich der Umlandkonkurrenz stimmt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zu, dass eine Gewerbesteuererhöhung immer auch im Kontext mit einer evtl. Verlagerung von Gewerbebetrieben gesehen werden müsse und den Hebensätzen des Umlandes. Man gehe mit der Erhöhung zudem auch nur zum Teil wieder zurück zum Niveau des Jahres 2001 mit 420 %. Demnach könne die Erhöhung auf 410 % nicht zu einem Standortnachteil für Koblenz führen. Die wirtschaftliche Lage und die Attraktivität der Stadt Koblenz habe sich deutlich verbessert. Koblenz sei ein Oberzentrum und habe ein großes Einzugsgebiet. Es handele sich bei der Erhöhung um einen zumutbaren Anteil.

In der letzten Stadtratssitzung sei die „3 Mio. Euro Einsparliste“ beschlossen worden. Nun sei es vernünftig, eine tatsächlich erzielbare Einnahmemöglichkeit für 2011 zu ergreifen.

Dies werde sicher nicht zu einem Ausgleich des Haushaltes führen, jedoch werde jede einzelne Million, die dieses Jahr weniger zusätzliche Schulden gemacht werden müsse, in den weiteren Jahren zu weniger Zinslast führen.

Die Erhöhung auf 410 % sei maßvoll und vertretbar und es sei nicht vernünftig, auf die Mehreinnahmen von 2,9 Mio. Euro zu verzichten. Die Einsparmaßnahmen seien in der letzten Sitzung der erste Schritt gewesen. Dennoch müsse man auch Einsparmöglichkeiten nutzen.

Rm Keul-Göbel (CDU) entgegnet Rm Altmaier (SPD), dass dieser nur die Einnahmensituation betrachte. Diese sei jedoch hinsichtlich der Gewerbesteuer nicht das Problem der Stadt Koblenz, sondern vielmehr die steigenden Ausgabenzahlen. Bundes- und Landesgesetze, die die Kommune beträfen, sinkende allgemeine Landeszuschüsse und das die Grunderwerbssteuer an das Land ginge anstatt an die Kommunen, wären weitaus problematischer für die Stadt Koblenz. Die Schulbuchausleihe belaste die Stadt Koblenz erheblich. Dies seien alles Dinge, die die Stadt Koblenz in den Ausgaben beträfen. Die Einnahmesituation könne man nicht so verändern, dass der Haushalt ausgeglichen wäre. Man müsse an die Ausgaben gehen.

Nicht alle Unternehmer in Koblenz seien Einwohner von Koblenz, demnach sei es die falsche Sichtweise alle an den Kosten für die Verbesserung der Stadt zu beteiligen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man eine Bürgersteuer erheben. Demnach sei dies alleine kein Argument, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Nur die Einnahmeseite zu verändern führe nicht zum gewünschten Erfolg, sondern man müsse die Ausgabenseite betrachten.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann führt aus, in den vergangenen Haushaltsreden habe es immer viele Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltes der Stadt Koblenz gegeben, jedoch zu wenig konkrete Maßnahmen. Sparen könne nur gelingen, wenn der Stadtrat es gemeinsam anstrebe. Einnahmen zu verbessern, sei nicht das einzige Mittel, jedoch gehöre es zum Gesamtpaket. Strukturelle Veränderungen bräuchten längere Prozesse und der Stadtrat müsse heute Verantwortung zeigen. Sie äußert Bedenken bezüglich der Glaubwürdigkeit der Ratsmitglieder in ihrem Willen zur Verbesserung des Haushaltes der Stadt Koblenz, wenn diese gegen die Gewerbesteuererhöhung stimmen sollten.

Rm Scherhag (CDU) trägt vor, er habe ebenfalls mit einigen der größten Unternehmen in Koblenz gesprochen, die jedoch nicht alle mit Begeisterung die geplante Steuererhöhung aufgenommen hätten.

Man sei diskussionsbereit, jedoch nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Die Stadt profitiere zurzeit durch Mehreinnahmen auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung auch aus der Gewerbesteuer und jetzt die Steuern zu erhöhen, sei ein falsches Signal.

Koblenz stehe im Wettbewerb zu den umliegenden Kommunen und stehe für Verlässlichkeit und Kontinuität und den Pfad mit einer vergleichsweise wettbewerbsfähigen Gewerbesteuersatz werde man heute verlassen.

Sein Ansatz sei zunächst die Kostenstrukturen zu betrachten.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die vermeintlich wirtschaftsfreundlichen Parteien gegen die Steuererhöhung seien und die Fraktionen, welche fundamental als weniger wirtschaftsfreundlich gelten würden, seien dafür. Es sei schade, dass der erste Ansatz der Kommission zu einer solchen Diskussion führe.

Nach Abschluss der Diskussionsrunde stellt der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zum Tagesordnungspunkt 1 fest, dass dieser zur Kenntnis genommen wurde.

Anschließend stellt der Vorsitzende den Beschlusstenor zu Tagesordnungspunkt 13 zur Abstimmung.